

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 09.09.2008
Sitzung Nummer:	27 (BVA/27)
Sitzungsdauer:	17:05 - 19:45 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1-2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal" anschließende Beratung im Sitzungsraum 006 (Altbau)

Gerd Schlaak
Vorsitzende/r

Roswita Weidemann
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Gerd Schlaak

Mitglieder

Ralf Bergmann
Bernd-Otto Leunig
Christine Paschke
Bodo Strube
Norbert Tanne

sachkundige Einwohner

Uwe Brehmer
Nanette Kurze
Reinhold Mechlinski

Protokollführer

Roswita Weidemann

von der Verwaltung

Elisabeth Glöß
Marietta Linzner
Thomas Müller
Annemarie Theil

1. Beigeordnete

Abwesend:

Mitglieder

Arnold Bausemer

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Volker Düsing
Ralf-Rene Nagel
Tilman Tögel

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Nahverkehrsplan 2009-2014
Vorlage: 424

- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 26. Sitzung vom 25.06.2008
 - 5 EU- Schulbauförderung in Sachsen-Anhalt 2007-2013, Prioritätenliste Landkreis Stendal
Vorlage: 423
 - 6 Beschluss der Prioritätenliste zur Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben nach § 3 des Entflechtungsgesetzes
Vorlage: 419
 - 7 Diskussion zur Mitteilungsvorlage DS 404 'Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut'
 - 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wulfänger, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus, eröffnet und leitet die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse und begrüßt die Gäste, die Mitglieder der Ausschüsse, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Presse und das Ingenieurbüro PTV aus Karlsruhe.

zu TOP 2 Nahverkehrsplan 2009-2014 Vorlage: 424

Nach kurzen einführenden Worten erteilt Herr Wulfänger dem Planungsbüro PTV Planung Transport Verkehr AG Karlsruhe (weiter: Planungsbüro PTV) das Wort.

Herr Sator vom Planungsbüro PTV gibt noch einmal einen allgemeinen Überblick über den Erarbeitungsstand des Nahverkehrsplanes für die Jahre 2009 bis 2014.

Es werden auch verschiedene Varianten zu Einsparungen dargestellt, die aber gleichzeitig mit entsprechenden Fahrleistungen (Einschränkungen) verbunden sind.

An dieser Stelle wird auf weitere inhaltliche Erläuterungen verzichtet und auf das ausgereichte Arbeitsmaterial verwiesen.

Es schließt sich eine rege Diskussion an.

Herr Kloth stellt die Frage, was es bedeutet, wenn vormittags Busse fahren und ob man abends nicht mehr zurückkommt.

Herr Sator: Man erreicht vormittags das Grundzentrum und nachmittags kann man die Schülerbeförderung nutzen. Später kommt man nicht mehr in die Orte.

Herr Bergmann hat mehrere Fragen die Schulzeitenstaffelung betreffend. Insbesondere geht es ihm darum, ob die angedachten Zeiten kindgerecht bezogen auf die einzelnen Schulformen sind, wie die Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Busse liegen, da sich daraus die Aufenthaltsdauer der Kinder in den Schulen ableiten lässt, was sich wiederum auf die Verweildauer der Kinder in den Horten auswirkt, denn dies kann u.U. zu Belastungen der Hortträger führen.

Herr Sator: Alle Schulformen sind betroffen. Beachtet wurden Reisezeiten, Wartezeiten vor und nach der Schule sowie die Umsteigehäufigkeit.

Frau Burger vom Planungsbüro PTV spricht über Möglichkeiten der Linienbündelung. Es gibt 42 Linien, welche gemeinsam vergeben werden sollen. Sie erläutert 3 Varianten einer Linienbündelung (siehe Arbeitsmaterial).

Seitens des Planungsbüros PTV wird die Variante mit 3 Linienbündeln empfohlen. Die Variante „7 Bündel (6 + Stadt Stendal)“ wird dagegen nicht favorisiert, da die Wirtschaftlichkeit hier am geringsten ist.

Herr Bergmann äußert in diesem Zusammenhang die Bitte, dass die verteilten Unterlagen farbig bereit gestellt werden müssen, um damit arbeiten zu können.

Herr Wulfänger bittet darum, dass die Unterlagen den Mitgliedern des Kreistages noch einmal farbig zugestellt werden.

Herr Bergmann konkretisiert noch einmal Fragen und Probleme:

- Spart hier der Landkreis nicht auf Kosten der Kleinsten?
- Bedeutet früherer Beginn auch längere Strecken?
- Welche Grundschulstandorte sind davon wie betroffen?
- Wurden schon Schulen, Schulträger und Eltern einbezogen?
- Wenn die Busfahrten sich nachmittags nach hinten verschieben, müssen die Hortnerinnen länger beschäftigt werden, dies erhöht die Kosten für die Gemeinden. Das trifft auch zu, wenn früher in den Schulen begonnen wird (Frühhort), längere Hortzeiten bedeuten finanzielle Mehrbelastungen für die Gemeinden.

Frau Theil erklärt, dass diese Veränderungen frühestens zum Schuljahr 2010/11 zum Tragen kommen und somit ausreichend Zeit zur Diskussion und Einbeziehung der Beteiligten bleibt.

Herr Bergmann merkt an, dass das Problem nicht nur im pekuniären Bereich liegen kann, denn man sollte auch über die Lebensqualität gerade der Grundschüler nachdenken.
Der ländliche Raum wird schwächer.

Herr Wulfänger stellt fest, dass unter dem Vorbehalt der längeren Diskussion die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen wird. Alle genannten Probleme müssen aufgelistet und geprüft werden.

Herr Berlin bittet um eine Ergänzung in Anlage 11 - zusätzliche Spalte frühester Fahrbeginn. Es ist interessant, wann der 1. Bus fährt und von wo.
Wo sind die Frühhorte zu berücksichtigen?

Herr Wulfänger fragt, ob eine Rückrechnung möglich sei, wann die früheste Anfahrtszeit ist.

Herr Sator sagt dazu, dass die Richtlinien eingehalten worden sind (30 min Fahrzeit usw.)
Eine Rückrechnung ist nicht möglich; es wird hier kein Fahrplan entwickelt.

Herr Zimmermann fragt an, ob die Wartezeiten berücksichtigt sind.

Herr Wulfänger erklärt, dass der Weg von der Wohnung zum Bus nicht berücksichtigt ist; nur die reine Wartezeit.

Herr Bergmann regt an, dass die Schulzeitenstaffelung in Anbetracht des großen ländlichen Raumes unbedingt für alle Schulformen zu diskutieren ist.

In den Gymnasien und Sekundarschulen haben die Schüler mehr Unterrichtsstunden.
Wann kommen diese Schüler nach Hause? Um 18.00 Uhr und danach wären dann noch Schulaufgaben zu machen. Ist dieses akzeptabel und zumutbar?

Herr Wulfänger merkt an, dass dafür eine Einzelfallbetrachtung notwendig ist.
Er richtet noch einmal den Blick auf die drei Varianten der Linienbündelung, denn künftig muss entschieden werden, welche der Varianten möglicherweise zur Ausschreibung kommt.

Herr Bergmann schätzt ein, dass heute noch keine Antworten darauf gegeben werden können.
In den nächsten Wochen und Monaten sind alle Varianten ausführlicher zu betrachten.
Die Variante “ 7 Bündel 6+ Stadt Stendal)“ könnte doch z. B. für kleinere Unternehmen geeignet sein.

Frau Burger erläutert dazu, dass kleine Bündel weniger wirtschaftlich sind und erklärt, dass sich kleine Unternehmen zu einem Verband mit mindestens 50-100 Fahrzeugen als mittelständisches Unternehmen zusammenschließen könnten.

Frau Tüngler ist der Meinung, dass ein Schulbeginn in den Grundschulen um 7.00 Uhr unmöglich sei, da die Kinder dann schon ca. 5.45 Uhr aus dem Bett müssen. Schließlich handelt es sich um 6-jährige Kinder und diese müssen dann schon um 6.15 Uhr in den Bus steigen. Diese Problematik sollte man unbedingt überdenken.

Frau Theil antwortet darauf, dass der Zeitpunkt verfrüht ist, darüber zu befinden. Außerdem obliegt es nicht der Verwaltung, den Schulbeginn festzulegen, sondern diesen müssen die Gesamtschulkonferenzen der Schulen beschließen.

Frau Schwarz ergänzt, dass diese Festlegung vom Kultusministerium erlassen wurde und jeder Landkreis daran gebunden ist.

Zu dem frühen Schulbeginn um 7.00 Uhr hat sie bereits mit vielen Eltern Gespräche geführt und 70 % dieser Eltern hatten nicht das Problem des frühen Schulbeginns. Das sei keine Umstellung für sie. Das Hauptproblem sind die Sekundarschulen und Gymnasien, da sie später anfangen. Freizeitaktivitäten in Schulen oder in den Gemeinden sind nicht mehr möglich.

Frau Dr. Bergmann geht auf die Linienbündelung ein und sagt, es sei abzuwarten, für welche Variante sich der Landkreis entscheidet. Der Schulbeginn kann dann innerhalb des Territoriums betrachtet werden, welches von dem jeweiligen Linienbündel erfasst ist.

Innerhalb der Linienbündelung kann dann die Fahrplangestaltung komplex und konzentriert erfolgen und man braucht den Landkreis nicht mehr pauschal zu betrachten

Herr Wulfänger bezeichnet diese Variante auch als „Vorzugsvariante“. Das Thema Hortbusse muss diskutiert werden. Herrn Bergmanns Forderungen sind aufzulisten und der Verwaltung zu übergeben.

Herr Bergmann bemerkt, dass es wichtig sei, rechtzeitig mit den Schulen und Eltern in den Dialog zu kommen. Grundlage dafür seien die Beschlüsse der einzelnen Gesamtschulkonferenzen.

Weiterhin möchte er wissen, ob der Nahverkehrsplan ein Vorschlag vom Planungsbüro ist oder eine Abstimmungen dazu mit der Kreisverwaltung erfolgte. Es soll kein Misstrauen sein, aber er hätte gern einen Einblick in die Auftragserteilung an das Planungsbüro.

Herr Berlin schlägt vor, die Schulkonferenzen so rechtzeitig wie möglich durchzuführen, damit die Unterlagen für den Kreistag erarbeitet werden können.

Frau Theil antwortet darauf, dass die Änderungen der Schulanfangszeiten mit dem Landesverwaltungsamt unter Einbeziehung der schulfachlichen Referenten gesteuert werden müssen.

Im Mai 2009 wird der Kreistag den Nahverkehrsplan 2009-2014 beschließen und dieser bildet dann die Grundlage für das Schuljahr 2010/11.

Von heute an gerechnet haben wir fast 2 Jahre Zeit, um die Schulanfangszeiten zu verändern.

Herr Wulfänger fasst abschließend zusammen:

Der Entwurf des Nahverkehrsplanes geht nun in die Anhörung und ist danach in den nächsten Wochen und Monaten in den einzelnen Ausschüssen zu diskutieren.

Dabei sind u.a. folgende Schwerpunkte zu betrachten:

- Nebenlinien
- Linienbündelung
- Hortbusse
- Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange

Da keine weiteren Anfragen und Hinweise vorliegen, beendet Herr Wulfänger die gemeinsame Sitzung um 18.30 Uhr.

Der 2. Teil der Sitzung wird um 18.35 Uhr im Raum 150 fortgesetzt.
Alle Anwesenden wurden noch einmal von Frau Dr. Bergmann begrüßt.
Sie gibt bekannt, dass sich die Vorsitzende Frau Braun entschuldigt hat und dass sich Frau Voigt als stellvertretende Vorsitzende im Urlaub befindet. Frau Theil nimmt an der weiterführenden Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses teil.

Frau Dr. Bergmann schlägt den anwesenden Ausschussmitgliedern vor, den weiteren Verlauf der Sitzung zu moderieren.
Dieser Vorschlag wird angenommen.

Frau Dr. Bergmann fragt, ob es zum TOP 3 noch Gesprächsbedarf gibt.

Herr Zimmermann fragt, ob die geplante Schulzeitenstaffelung Beschlussbestandteil wird.

Frau Dr. Bergmann antwortet darauf, dass es noch nicht so weit ist.
Zurzeit gibt es nur eine Konzeption der Schulzeitenstaffelung.
Die optimale Variante der Linienbündelung, die noch festzulegen ist, wird dann die Grundlage für eine Ausschreibung sein. Auf keinen Fall wird in diesem Rahmen ein Fahrplan erstellt.
Es gibt also noch keine feststehenden Zeiten.

Herr Berlin fragt, ob sich bei der Bündelung bereits Fahrzeiten ergeben haben.

Frau Dr. Bergmann entgegnet darauf, dass mit der Bündelung erst einmal die Rahmenbedingungen gesteckt sind. Danach kann erst eine Ausschreibung erfolgen, in der alle weiteren Details festgeschrieben werden.

An dieser Stelle begrüßt sie den zuständigen ÖPNV-Verantwortlichen im Landkreis, Herrn Ulbrich.

Abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt fragt sie, ob Veränderungen der Tagesordnung gewünscht werden.

Dies ist nicht der Fall.

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 26.08.2008 wird ebenfalls einstimmig festgestellt und bestätigt.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses wird um 18:45 im Raum 006 im Altbau Landratsamt fortgeführt.

Herr Schlaak eröffnet die 27. Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses und begrüßt die Gäste und die Mitglieder des Ausschusses.

Herr Schlaak stellt die ordnungsgemäße Ladung zur 27. Ausschusssitzung fest.
Die Einladung mit der Tagesordnung wurde allen Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses fristgerecht am 29.08.2008 zugesandt.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.
6 Kreistagsmitglieder sind anwesend.

Der Bau- und Verkehrsausschuss ist somit beschlussfähig.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 26. Sitzung vom 25.06.2008

Es werden keine Anfragen und Hinweise oder Ergänzungen vorgetragen.

Herr Schlaak stellt die Niederschrift der 26. Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 25.06.2008 fest.

**zu TOP 5 EU- Schulbauförderung in Sachsen-Anhalt 2007-2013, Prioritätenliste Landkreis Stendal
Vorlage: 423**

Frau Theil erklärt die Prioritätenliste des Landkreises Stendal hinsichtlich der EU- Schulbauförderung in Sachsen- Anhalt und sagt, dass der Schulstandort Havelberg an erster Stelle steht und die Sekundarschule Osterburg an zweiter.

Die Reihenfolge der anderen Schulen ergibt sich aus der Bestandssicherheit des Objektes in Abhängigkeit von den Schülerzahlen für die Förderwürdigkeit laut Schulbaurichtlinie.

Frau Theil sagt weiter, dass es Überlegungen gibt, dass die Gemeinde Messdorf Dobberkau zugeordnet wird oder Schinne an Dobberkau angegliedert wird. Sie betont, dass es wirklich nur Vorstellungen sind, es wurde kein Beschluss darüber gefasst.

Herr Schlaak bemerkt, dass eine Reihenfolge der anderen Schulen erst nach dem zur Zeit stattfindenden Schulausschuss festgesetzt werden kann.

Herr Tanne schlägt vor, die Fördersätze zu verringern. So könnte man dann mehrere Schulen berücksichtigen. Er hat so seine Bedenken, dass auch der Rückgang der Schülerzahlen beachtet wurde.

Herr Bergmann pflichtet dem bei, stellt die Prioritätenliste aber nicht in Frage. Er sagt weiter, dass gemäß der Förderrichtlinie die förderfähigen Ausgaben grundsätzlich 100.000,00 € nicht unterschreiten sollen. Diese Art der Förderung bringt Ungerechtigkeit in den ländlichen Raum. Arneburg, Goldbeck und Schönhausen haben auf Grund der Schülerzahlen keine Chance auf eine Förderung. Die Kreisgebietsreform steht zwar noch aus, aber es ist gut, dass alle Schulen den Antrag gestellt haben, so Herr Bergmann weiter.

Herr Bergmann möchte, dass auch kleine Schulen gefördert werden und ist der Meinung, dass vor der Gebietsreform keine Gemeinde freiwillig ihre Schule aufgeben wird.

Frau Theil sagt, dass Frau Braun bereits an den Kultusminister geschrieben hat um Förderung zu erhalten, wurde jedoch abgelehnt. Auf einem Landräteseminar wurde mitgeteilt, dass die Förderrichtlinie so bleibt wie sie ist.

Herr Bergmann betont, dass auch Schollene nicht genügend Kinder hat.

Herr Tanne möchte, dass auch kleine Schulen gefördert werden, auch Schulen mit nur 40 Kindern.

Frau Paschke befürwortet, dass keine Schulen mehr geschlossen werden, Grundschulen schon gar nicht. Das verbietet der Tagesordnungspunkt 7 (Kinderarmut), der noch behandelt wird.

Herr Bergmann verweist darauf, dass mit einer Schulentwicklungsplanung keine Schulenschließung kommt, aber aufgrund der demographischen Entwicklung. Förderfähigkeit muss für alle Schulen gegeben sein. Für kleine Gemeinden wird das Geld immer knapper, die Förderpolitik ist nicht in Ordnung, so Herr Bergmann weiter.

Herr Schlaak fragt nach der Annahme der Prioritätenliste.

Sie wird einstimmig angenommen und kann an den Kreistag weitergeleitet werden.

**zu TOP 6 Beschluss der Prioritätenliste zur Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben nach § 3 des Entflechtungsgesetzes
Vorlage: 419**

Herr Schlaak fragt, warum die Straßenbauvorhaben nicht nach den Prioritäten sortiert sind.

Herr Müller antwortet darauf, dass die Reihenfolge der Maßnahmen der Liste entspricht, die vom Landesverwaltungsamt aufgestellt wurde.

Frau Theil ergänzt, dass die Liste den Unterlagen beigefügt ist.

Herr Tanne fragt, ob die Prioritätenliste geblieben ist, ob sie auch alle Maßnahmen beinhaltet.

Herr Müller antwortet, dass sich das Jahr 2009 geändert hat, weil die Fertigstellung des Kreisverkehrs hinzugekommen ist (Maßnahme der Stadt Stendal). Dadurch ergaben sich auch Änderungen bei den anderen Maßnahmen. Schönwalde ist weiterhin in der Jahresscheibe 2009 enthalten.

Herr Tanne möchte wissen, ob man die Maßnahme Schönwalde denn schon beplant.

Frau Theil antwortet darauf, dass erst nach Aufhebung der Haushaltssperre die Planungsleistung beauftragt werden kann.

Herr Schlaak fragt nach der Zustimmung zur Prioritätenliste.

Sie wird einstimmig beschlossen.

zu TOP 7 Diskussion zur Mitteilungsvorlage DS 404 'Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut'

Frau Theil bemerkt, dass das Jugendamt für diesen Tagesordnungspunkt federführend ist. Ursprünglich sollte diese Thematik eine Abschlussarbeit auf der Fachhochschule werden, aber man hat davon Abstand genommen. Der Schulausschuss hat sich mit der Problematik Kinderarmut beschäftigt, so Frau Theil weiter.

Frau Paschke stellt noch einmal den Schulbeginn in Frage. Sie erwähnt die Einführung eines Sozialtickets im Zusammenhang des ÖPNV. Dadurch wird finanziell schwächer gestellten Familien die Möglichkeit eingeräumt, nach Stendal zu fahren um an Sport- und Kulturveranstaltungen teilnehmen zu können. Frau Paschke ist der Meinung, dass es lohnenswert ist, sich über die Einführung eines Sozialtickets zu unterhalten.

Herr Schlaak nach, von welchen Kriterien man den Erhalt eines Sozialtickets abhängig machen sollte, er stelle es sich sehr schwierig vor.

Herr Bergmann sagt, dass in Kindereinrichtungen Kinder 5 bis 10 Stunden betreut werden. Bestimmte Schüler müssen gefördert werden, dafür müssten mehr ansprechende Räume in den Schulen zur Verfügung stehen. Somit komme er wieder auf den Tagesordnungspunkt 4 zu sprechen, dass auch kleinere Schulen unbedingt gefördert werden müssen.

Frau Paschke betont, dass man dieses Thema nicht verharmlosen darf.

Frau Glöß hat eine Anmerkung zur Mitteilungsvorlage, Seite 1, Punkt 4 :“ keine guten Schulen“. Sie hätte gerne eine nähere Erklärung, wie das zu verstehen ist.

Herr Bergmann sagt, dass es viele arme Familien, viele arme Kinder gibt und dass dieses in Zukunft immer prekärer wird.

Herr Schlaak ist der Meinung, dass die Mitteilungsvorlage ein Situationsbericht ist und somit zur Kenntnis genommen wird.

Herr Bergmann möchte diesen Tagesordnungspunkt auf jeden Fall in der nächsten Ausschusssitzung wieder behandeln.

Frau Paschke gibt zu verstehen, dass diese Mitteilungsvorlage eigentlich eine Beschlussvorlage werden sollte. Mangels Personal wurde das Papier so spät erarbeitet und deshalb liegt noch kein Ergebnis vor. Man zieht eine Armutskonferenz im Landkreis Stendal in Erwägung. Am 10. 09.2008 ist eine Beratung bei Frau Dr. Paschke und da erhofft man sich konkrete Festlegungen, so Frau Paschke weiter.

Frau Theil sagt, dass man auch mit den Eltern sprechen muss, es ist nicht immer nur die materielle Armut.

Frau Theil führt weiter aus, dass der Jugendhilfeausschuss sagt, dass schon viel unternommen wird, zukünftig noch mehr.

Herr Leunig möchte wissen, was das Wort „Resilienz“ bedeutet, im Mitteilungsblatt Seite 6, These 5, hier ist eine Rückfrage erforderlich.

Herr Schlaak bedankt sich für die Hinweise und beendet den Tagesordnungspunkt 7.

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

Herr Bergmann sagt, dass man die Landesentwicklungsplanung digital abrufen kann, die E- Mail Adresse soll im nächsten Protokoll aufgenommen oder bei der nächsten Ausschusssitzung genannt werden. Er gibt aber doch noch zu bedenken, dass für den digitalen Zugriff ein Zugangscode erforderlich ist.

Frau Kurze spricht den Regionalentwicklungsplan an. Sie möchte über den Bearbeitungsstand in der nächsten Ausschusssitzung eine Information.

Herr Müller informiert die Mitglieder über die Anfrage an den Landesbetrieb Bau zur Beseitigung des Bahnüberganges Hohengöhren. Er erläutert das Antwortschreiben des LBB. Darin wird darauf verwiesen, dass für die Beseitigung des Bahnüberganges die Deutsche Bahn AG verantwortlich ist. Die Deutsche Bahn AG zeigt jedoch kein Interesse, weil die Maßnahme finanziert werden muss und eine Entwidmung stattzufinden hat. Der Landesbetrieb Bau wird sich weiterhin bemühen.

Herr Schlaak bedankt sich und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.